
SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und GöLinke -Ratsfraktionen und Partei-Volt-Ratsgruppe, und Ratsherr Francisco Welter-Schultes im Rat der Stadt Göttingen

SPD-Fraktion, Hiroshimaplatz 14, 37083 Göttingen	Zimmer 199 Tel.: 0551-400 2290 E-Mail spd-fraktion@goettingen.de
CDU-Fraktion, Hiroshimaplatz 14, 37083 Göttingen	Zimmer 119 Tel: 0551-400 2215 E-Mail cdu-fraktion@goettingen.de
FDP-Fraktion, Hiroshimaplatz 14, 37083 Göttingen	Zimmer 196 Tel.: 0551-400 2499 E-Mail FDP-Fraktion@goettingen.de
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen	Zimmer 130 Tel.: 0551-400 2785 E-Mail grueneratsfraktion@goettingen.de
PARTEI und Volt-Ratsgruppe, Hiroshimaplatz 14, 37083 Göttingen	Zimmer 127 Tel.: 0551-400 3077 E-Mail parteiundvolt-ratsgruppe@goettingen.de
GöLinke-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 14, 37083 Göttingen	Zimmer 1126 Tel.: 0551- 400-2347 E-Mail goelinke-ratsfraktion@goettingen.de
Francisco Welter Schultes	

Göttingen, 27.04.2022

Interfraktionelle Resolution für die Ratssitzung der Stadt Göttingen am 13. Mai 2022

Resolution gegen die Anfeindungen gegenüber russischstämmigen Einwohner*innen

Klare Kante gegen die russische Invasion der Ukraine. Aber nicht gegen Menschen, die aus Russland stammen oder Russisch sprechen.

Der Rat möge beschließen

Seit dem 24.02.2022 führt die Russische Föderation einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die souveräne Ukraine. Dieser Krieg wird mit aller Härte insbesondere auch gegen die Zivilbevölkerung in der Ukraine geführt. Die Landeshauptstadt Göttingen bekennt sich erneut zur Vielfalt unserer Stadtgesellschaft und zum friedlichen Zusammenleben aller Menschen in unserer Stadt über kulturelle, religiöse, ethnische und nationale Grenzen hinweg. Aus diesem Grunde verurteilen wir als Mitglieder des Rates jede Form von Gewalt und Anfeindungen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine darf kein Anlass dafür sein oder als Vorwand dafür dienen, Menschen russischer, ukrainischer Herkunft oder jedwede anderen Einwohner*innen anzufeinden.

Begründung:

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine gab es in den letzten Wochen bundesweit vermehrt Anfeindungen gegenüber russischsprachiger und ukrainischsprachiger Einwohner*innen. Vereinzelt kam es dabei zur Anwendung von Gewalt. Diesen Anfeindungen stellen wir uns entschieden entgegen.